

Kriminalstatistik und Migration: Stimme von der Basis

von Ralf Ruckert, Landpfarrer im Kreis Marburg-Biedenkopf

Von: "Ruckert, Ralf" <Ralf.Ruckert@ekkw.de>
Datum: 10.04.2024 01:11:40

Liebe Anne Gideon – als Bevollmächtigte der EKD bei der Bundesregierung (Hallo, Anne!),
liebe Frau Bischöfin Dr. Hofmann – als meine Dienstherrin,
liebe Frau Bundesministerin Faeser,
lieber Herr Bartol – als mein Bundestagsabgeordneter,
lieber Herr Heck – als weiterer Marburger Bundestagsabgeordneter,
liebe Mitarbeitende der Diakonischen Werke, soweit wir miteinander in Verbindung stehen,
liebe Frau Tannert – als „meine örtlich zuständige Journalistin“ (die bestimmt weiß, wem man diesen „Brandbrief“ noch schicken könnte),

als Pfarrer, einer Schwerpunktgemeinde „Flucht“, möchte ich im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Kriminalstatistik ein paar Erlebnisse teilen, die realer Alltag sind, wenn man als nur semiprofessioneller Autodidakt, aber stetig mit Geflüchteten arbeitet.

Aber zuvor: Ich habe am Ende des Abends gemerkt, dass ich den Schluss an den Anfang setzen muss:

Mein ausdrücklicher Dank gilt den sympathischen und geduldigen Mitarbeitenden, die es in all unseren Behörden gibt!

Meiner Hochachtung möchte ich die politisch Verantwortlichen versichern, die das im Folgenden kritisierte System ja nicht geschaffen haben. Es ist gewachsen und übernommen. Und bevor sich jemand in eine Problematik einarbeiten kann, muss er oder sie schon jede Menge Energie bereits aufwenden, um einem nie dagewesenen Gegenwind an Respektlosigkeiten und einer absurden Fülle von Rücktrittsforderungen standzuhalten, wo jede Meinungsverschiedenheit aufgrund von Klicks, Einschaltquoten und Auflage zum Mega-Streit stilisiert wird.

Wir brauchen ein Neues „Wir schaffen das!“ – und an dem alten war auch eigentlich gar nichts Fal-sches dran. Wenn Deutschland ein gutes Land sein soll, muss viel geschafft werden. Und es geht dann nur als motiviertes „Wir“ und nicht als jammerndes und meckerndes „Die da“.

Aus Anlass der Kriminalstatistik – Erlebnisse mit Integration in Deutschland

Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird auf Tageschau.de zitiert „Integration stößt an ihre Gren-zen“. Das Problem bei der hohen Quote von Tätern mit Migrationshintergrund in der Kriminalstatis-tik seien die hohe Zuwanderung und Fehler bei der Integration.

Mangelnde Integration, wenig Teilhabe am Leben vor Ort und Möglichkeiten, fehlendes Verständ-nis für die eigene Situation – so etwas führt dazu, dass Menschen weniger Respekt vor den Autori-täten der Gesellschaft haben, in die sie nicht integriert sind. Die Hemmschwelle für Straftaten wird gesenkt. Auch Deutsche, die in Thailand oder auf Mallorca Straftaten begehen, sind in der Regel in die örtliche Kultur nicht eingebunden. Zuwanderung dagegen ist ein Schatz, der auf diese Art nicht gehoben werden kann:

Integrationsalltag in Deutschland in den 20er Jahren:

- „Du kannst gut genug deutsch. Such dir einen Job. Meine Mutter hat auch geputzt.“ – Re-aktion der Mitarbeiterin eines freien Trägers bei einer „Maßnahmen zur Aktivierung und be-ruflichen Eingliederung“ nach SGB III, die vom Kreisjobcenter angeordnet wurde, auf den Wunsch der Teilnehmerin, einen B2-Sprachkurs zu besuchen. Diese war examinierte Juris-tin aus Afghanistan, 26 Jahre alt. Vermutlich kann man ein afghanisches Jurastudium in Deutschland nicht eins zu eins anerkennen und ausüben. Aber als Absolventin in diesem

Alter hat sie Potential, eine höher qualifizierte Arbeit noch zu erlernen. Dass auch Reinigungskräfte wertvoll sind und gebraucht werden, steht außer Frage. Jeder sollte für das eingesetzt werden, was er oder sie gut kann.

- Eine Person mit in Deutschland anerkanntem Bachelor schreibt 55 Bewerbungen in ihrem hier gesuchten Beruf. Die öffentliche Hand schreibt ihn ihren Stellenausschreibungen: „Wir fordern Menschen mit internationaler Geschichte auf, sich zu bewerben“. Beim Landkreis oder der Stadtverwaltung im Bewerbungsgespräch wird aber dann doch erwartet, dass die deutschen Vorschriften und die deutsche Sprache soweit beherrscht werden, dass man sofort eingesetzt werden kann. Wie soll das aber gehen, wenn demselben Personenkreis ein C1 oder C2 Sprachkurs verweigert wird und der Vorschriftenschwengel die Ausmaße hat, die er eben bei uns hat? Die öffentliche Hand erwartet genauso, dass man eine sofort einsetzbare Fachkraft ist, wie es die freie Wirtschaft auch gern hätte. Niemand hat Zeit oder Geduld, das gewisse Extra für eine intensivere Einarbeitungszeit aufzubringen, die eine Person mit Migrationshintergrund nötig haben kann. Dass die Person vielleicht nur zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurde, damit man die Migrantinnenquote aus der Ausschreibung erfüllt, soll hier nicht unterstellt werden.
- Irakischer Mann aus Arbeitsverhältnis als Lagerarbeiter abgeschoben, nicht weil wir keine Lagerarbeiter brauchen, sondern weil Iraker legal abgeschoben werden können und die Politik Abschiebungszahlen vorweisen muss.
- „Vergessen Sie Ihren Beruf! Wir haben in Deutschland auch Zahnärzte, die Taxi fahren“, sagt eine Mitarbeiterin des Jobcenters 2023 zu einer Hochschulabsolventin mit in Deutschland anerkanntem Abschluss. Dieselbe Absolventin besucht in der „Maßnahme“ Stunden in Grundrechenarten, weil dieser Baustein gerade stattfindet und dort Stühle frei sind.
- Kurdischer LKW-Fahrer darf in Deutschland weder arbeiten, noch seinen Führerschein nutzen, während skrupellose Geschäftemacher übermüdete Mongolen auf unsere Straßen schicken, bloß weil der Kurde aus der Türkei geflüchtet ist und die angesprochenen Speditoren wissen, wie man Gesetzeslücken ausnutzt.
- Kurdischer Berufskraftfahrer aus Syrien muss Busfahrerausbildung abbrechen, weil es 500 zusätzliche Fragen 2018 nur auf Deutsch gibt – und wir wissen alle, wie sprachlich spitzfindig Führerscheinfragen sind.
- Afghanische Journalistin verliert ihren Hilfsarbeiterinnenjob in einer Bäckerei, muss ohne jede finanzielle Rücklage vier Monate auf ALG1 warten, weil Briefe der BA, die sie ohne Hilfe nicht verstehen kann, mit großer Verspätung bei ihr ankommen, worin Daten doppelt angefordert werden, die längst vorliegen.

Wie kann die hohe Zuwanderung ein Problem sein, wenn Deutschland nachweislich dringend Zuwanderung braucht?

Das staatliche System selbst arbeitet gegen den Staat. Wir haben mit den Geflüchteten ein enormes Potential für unseren Arbeitsmarkt geschenkt bekommen, das wir ignorieren. Statt uns für sie zu interessieren, unterstellen wir, dass wir schon wüssten, warum sie hier seien und was gut für sie ist. Menschen werden geparkt. Eins der am häufigsten gegenüber Geflüchteten benutzten Worte ist „warten“. Statt alle Energie in den Spracherwerb zu stecken und Familienzusammenführungen zu erlauben, die den Menschen zu mehr psychischer Stabilität verhelfen könnten, reden wir über Bezahlkarten und verweigern Arbeitserlaubnisse. Und angesichts der Kriminalstatistik will die CDU Zuwanderung erschweren. Verzeihung, aber das ist Wahlkampf!

Wir wundern und empören uns, dass einige der nicht integrierten Menschen glauben, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen zu müssen und auf die schiefe Bahn geraten.

Straftaten sind nicht zu tolerieren. Ihnen ist vor allem vorzubeugen, zum Beispiel durch funktionierenden Milieus, Integration und Arbeit.

Wann eröffnen wir fachspezifische Ausbildungszentren für Menschen mit Migrationshintergrund? Ich stelle mir Schulen, vielleicht mit Internat vor, wo Menschen mit wenigstens vorläufig gesichertem Aufenthaltsstatus gleichzeitig Deutsch und das Fachliche erlernen.

- Bus- und Zugpersonal in der einen Schule oder Klasse, Pflegekräfte in der anderen und so weiter.
- Fachunterricht zum Teil in Muttersprache.
- Sprachunterricht auf das Fach bezogen.
- Mitmachen darf, wer Motivation zeigt.
- Aufenthalt bekommt, wer mit der nötigen Vorbereitung seinen Unterhalt leisten kann.

Warum sollte die Wirtschaft kein Interesse haben, an der Finanzierung mitzuwirken, wenn sie sich darauf verlassen kann, dass die Eingearbeiteten und Angelernten dann auch für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen?

Und wer dort nicht unterkommt, aber als gelernte oder ungelernete Kraft einen Vertrag bekommt, darf ohne Angst vor Abschiebung weiterarbeiten und Angehörige holen.

Bis jetzt zeugen viel zu viele staatliche Kommunikationsversuche in Richtung der Geflüchteten davon, dass dieser Staat weder Menschen verstehen möchte, noch von ihnen verstanden werden will. Nehmen Sie einen Bescheid einer Behörde in die Hand! Sie stellen fest, dass Sie als in Deutschland geborener Deutscher mit Abitur und Studium nur mit Mühe verstehen, was dort gesagt wird. Die Geflüchteten haben ohne den Einsatz der Ehrenamtlichen aus der Willkommenskultur keine Chance. Und davon, dass diese Kommunikation sich auf ihre spezifische Situation bezieht, ihre Begabungen und Möglichkeiten ernst nimmt und fördert, sind wir weit entfernt.

Wenn man das erlebt und dann hört, wie Marburger Politiker für ihr Mobilitätskonzept Busfahrer aus dem Ausland anwerben wollen, zweifelt man an der Realitätsnähe.

Als jemand, der fast jeden Tag mit Geflüchteten, Ausländerbehörde, Kreisjobcenter, Familienkasse zu tun hat, kann ich der Politik nur raten: Holen Sie Fachkompetenz von der Basis und bringen Sie sie mit Menschen zusammen, die Administration und Sprache vereinfachen können! Holen Sie die Wirtschaft ins Boot und geben Sie ihr und den Geflüchteten Planungssicherheit! Jeder Mensch kann einen Beitrag leisten, die Gemeinschaft muss aber offen dafür sein und darf sich diese zufällig aus einem mittelhessischen Landkreis gespickten Erlebnisse nicht mehr an der Tagesordnung dulden.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute und – ich darf das – uns allen Gottes Segen!

Ihr Ralf Ruckert

(Landpfarrer in Lahntal bei Marburg, wo die Kirche Flucht als ein Schwerpunktthema gewählt hat)

Ev. Pfarramt Sterzhausen-Caldern
Pfarrhaus Sterzhausen
Oberdorfer Straße 14

35094 Lahntal

Fon +49 (0) 6420 93366

Fax +49 (0) 6420 93365

www.lahntalkirche.de